



# Dr. Inge Gräßle MdEP

## Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

24.04.2008

### Parlament entlastet Kommission für den Haushalt 2006

Liebe Leserinnen und Leser,

Das zentrale Thema dieser Sitzungswoche für mich und viele andere Abgeordnete war das Entlastungsverfahren für den Haushalt 2006. Darin nimmt das Parlament Stellung zu den Ausgaben der Europäischen Union im vorvergangenen Jahr und übt damit seine Aufgabe als Haushaltskontrolleur aus. Das Verfahren basiert auf dem Jahresbericht und den Sonderberichten des europäischen Rechnungshofes und den Jahresberichten der verschiedenen anderen europäischen Institutionen und kann bei negativem Votum zum Beispiel zum Rücktritt der Kommission führen - so geschehen 1999. Auch dieses Jahr ist die Kommission, vor allem wegen Problemen mit dem Strukturfond und der Kontrolle der von den Mitgliedsstaaten verwalteten Gemeinschaftsausgaben, nur knapp einer Entlastungsverweigerung und damit dem drohenden Rücktritt entgangen. 242 Punkte hat das Parlament angemerkt. Bei den Strukturfonds, der "Sozialhilfe" für bedürftige Mitgliedsstaaten, ist die Situation besonders problematisch: diese Gelder werden von den Mitgliedsstaaten selbst verwaltet, leider nicht immer so wie das Parlament dies für nötig und richtig hält. Die Kommission wird in Zukunft alle drei Monate einen Fortschrittsbericht zu den angemahnten Verbesserungen vor dem Parlament abliefern. Verbesserungsbedarf gibt es auch bei der Außenhilfe der EU: Immer größere Geldbeträge werden über die Vereinten Nationen oder die Weltbank ausgegeben. Hier verlangt das Parlament, dass die Europäische Union als Geldgeberin sichtbar bleibt

und dass ihre Finanzkontrolleure Zugang zu den von der EU mitfinanzierten Ausgaben haben. Dazu müssen in den kommenden Monaten die Finanzierungsverträge mit diesen Einrichtungen neu verhandelt werden. Angesichts der Tatsache, dass die EU häufig fast die Hälfte des Geldes gibt ein notwendiger Schritt.

### Kein Salär mehr für Angehörige von Abgeordneten im Parlament

Die Entlastung für das Europaparlament selbst wurde überschattet von einem Bericht des internen Prüfers des Parlaments zu Ausgaben der Abgeordneten für ihre Mitarbeiter. Diese Mitarbeiter werden im Heimatland, in Brüssel und in Straßburg eingesetzt. Zur Frage des Managements dieser Gelder und zu einem für alle verbindlichen Arbeits- und Steuerrechts habe ich mehrere Änderungsanträge eingereicht, die alle angenommen wurden: keine bezahlte Beschäftigung von Familienangehörigen mehr - dies ist beispielsweise in England sehr üblich, bringt uns aber europaweit in die Schlagzeilen, weil zum Beispiel studierende Kinder mit gutem Einkommen versehen wurden. Verlangt habe ich auch eine Professionalisierung der Zahlstellen, die die Gelder an die Mitarbeiter auszahlen. Künftig sollen dies nur noch vereidigte Steuerberater tun können.

### Mehr Transparenz, Aktualität und Wirtschaftlichkeit bei EU Ausgaben

Der Haushaltsplan der Europäischen Union soll informativer werden. Das Buch, das zirka 125 Milliarden Euro an Ausgaben umfasst, enthält außer Zahlen keine weiteren Informationen. Das habe ich in meiner Rede zum Haushalt 2009 gerügt und gefordert, dass die zahlreichen Begleitdokumente zum Haushaltsplan verringert und in den Haushaltsplan selbst

integriert werden sollen. Darüber hinaus habe ich an die Fortschreibung der Personalkontrolle in der Kommission erinnert: Ende diesen Monats muss die Kommission Schlüsse aus der im letzten Jahr erfolgten Personalerhebung vortragen. Es geht darum, sicherzustellen, dass die Kommission genug Personal an der richtigen Stelle hat: bis 2013 erhält sie schließlich keine neuen Stellen.

### Bessere Satellitennavigation - Galileo kommt

Bis 2013 soll die Einrichtung des Satellitennavigationssystems Galileo endlich abgeschlossen sein. Nach Verzögerungen bei den Verhandlungen mit der Privatwirtschaft hat die EU sich nun bereit erklärt, die Finanzierung vollständig zu übernehmen. In informellen Verhandlungen mit dem Rat verständigte sich das Parlament außerdem auf Regeln für die Ausführung des Galileo Programms. Durch eine Aufteilung in 6 Arbeitspakete, einer Zusicherung von 40% des Auftragsvolumens für Unternehmen, die nicht Auftragnehmer in den Hauptarbeitspaketen sind und doppelte Beschaffungsquellen, sollen vor allem kleine und mittelständige Unternehmen die Chance bekommen an Galileo teilzuhaben. Die Minister der Mitgliedsstaaten haben beschlossen die Kosten von 3,4 Milliarden Euro hauptsächlich durch Einsparungen in den Bereichen Verwaltung und Landwirtschaft zu finanzieren. Vor allem in der Landwirtschaft sind durch die gegenwärtig hohen Marktpreise und die Verzögerung der Zahlung an die neuen Mitgliedsstaaten Mittel frei geworden. Galileo wird mit GPS kompatibel sein und die Präzision der Ortung entscheidend verbessern. Außerdem verspricht es allen Bürger in der EU ab 2013 einen zuverlässigen, günstigen und nicht-militärischen Zugang.

Seite 1

### So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro  
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland  
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien  
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich  
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



# Dr. Inge Gräßle MdEP

## Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

24.04.2008

### Schutz vor Kriminalität und Terrorismus nur mit Datenschutz

Im Vertrag von Prüm vom 27 Mai 2005 haben sich Deutschland, Belgien, Spanien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande und Österreich zu vertiefter Zusammenarbeit bei der Terrorismusabwehr und der Kriminalitätsbekämpfung geeinigt. Dabei geht es vor allem um den automatischen oder direkten Austausch von Daten insbesondere aus Fahrzeugregistern sowie zu DNA und Fingerabdrücken. Außerdem regelt der Vertrag die Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit, gegenseitige Unterstützung bei der Rückführung illegaler Migranten und den Einsatz von Flugsicherheitsberatern. Auf deutschen Vorschlag hin soll diese Einigung bald EU-Recht werden. Das Parlament unterstützt dieses Ansinnen, fordert aber klare Regelungen zum Datenschutz, dem im Vertrag von Prüm nur unzureichend Rechnung getragen wurde.

### Der Beitrag der EU zu nachhaltiger Entwicklung weltweit

Mit dem 10. Europäischen Entwicklungsfonds will die EU in den nächsten fünf Jahren zu Armutsbekämpfung, nachhaltiger Entwicklung und der Erreichung der Millenniumziele beitragen. Dafür erhält sie 22,682 Milliarden Euro von den Mitgliedsstaaten. Ziel ist eine starke Wirtschaft, die die Umwelt schützt und niemandem die elementaren Sozialleistungen vorenthält. Dazu sind auch Bemühungen um Frieden, Rechtsstaatlichkeit und stabile, demokratische Institutionen notwendig. Um verantwortungsvolle Staatsführung zu belohnen unterstützt das Parlament das Instrument der Budgethilfe, bei dem Geld zur freien Verfügung an das Finanzministerium des Empfängerlandes überwiesen wird. Allerdings

betont der Entschluss dieser Woche, dass für legitime Budgethilfe die Zuteilungskriterien klare Vorschriften zu demokratischen Grundsätzen, verantwortlicher Staatsführung und Kontrolle der öffentlichen Verwaltung enthalten müssen. Versteckte Kriterien wirtschaftlich und sozialer Art sollten ausgeschlossen werden. Weiterhin wichtig für erfolgreiche Entwicklungshilfe ist die Kohärenz mit anderen Politikbereichen, so zum Beispiel bei den Verhandlungen der Welthandelsorganisation oder den Beziehungen zu China und dessen Aktivitäten in Afrika, die diese Woche ebenfalls Thema im Parlament waren. Schließlich sollte die EU nach Ansicht des Parlaments mehr tun um die Abwanderung von gut ausgebildeten Arbeitskräften aus Entwicklungsländern zu beschränken.

### Unruhen wegen steigender Nahrungsmittelpreise

Steigende Lebensmittelpreise führen derzeit vor allem in den ärmsten Ländern der Welt zu Unruhen und massiven Problemen. Die EU reagiert mit fast 120 Millionen Euro zusätzlicher Lebensmittelhilfe. Darüber hinaus fordert der Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volksparteien, Joseph Daul, eine nachhaltige Reform der Landwirtschaft - durch die derzeitige Überprüfung der Agrarpolitik der EU, aber auch weltweit - voranzutreiben. Zusätzlich sollten Maßnahmen ergriffen werden um die negativen Auswirkungen von Finanzspekulationen zu beschränken.

### Europaparlament bricht Lanze für das Ehrenamt

100 Millionen Bürger der europäischen Union sind ehrenamtlich aktiv und schaffen dabei für jeden Euro, den sie an Unterstützung bekommen Waren und Dienstleistungen im Wert von 3 bis 8 Euro. Das Parlament fordert deswegen weitere Maßnahmen um

ehrenamtliche Arbeit zu unterstützen. Zu allererst sollten alle Mitgliedsstaaten den Wert des Ehrenamts zusätzlich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) messen. In Staaten wie den USA, die das bereits tun, betrug der Wert von Freiwilligenarbeit bis zu 10% des BIP. Zusätzlich sollte die Kommission nach Ansicht des Parlaments prüfen ob Freiwilligenorganisationen von der Mehrwertsteuer ausgenommen werden können und die Visabestimmungen für Mitarbeiter von solchen Organisationen aus Drittländern erleichtern.

### Europäischer Organspendeausweis soll Leben retten

Jeden Tag sterben in Europa 10 Menschen, weil sie kein Spenderorgan bekommen. Ein europäischer Organspendeausweis und ein gemeinsamer Organpool sollen jetzt den Organmangel verringern. Die Organspende soll allerdings weiter strikt freiwillig und nicht-kommerziell bleiben. Dazu ist ein gestärktes öffentliches Bewusstsein genauso nötig wie eine konsequente Bekämpfung des illegalen Organhandels, der das Vertrauen der Menschen in die Transplantationsmedizin beschädigt. EU Förderung von Forschung im Bereich Biotechnologie soll helfen langfristig alternative Lösungen finden.

### Neues aus meinem Büro in Brüssel und Straßburg

Gerne empfehle ich Jugendlichen Europa als ihre Zukunftschance. Es war mir deswegen eine besondere Freude diese Woche Schüler der Richard-von-Weizsäcker Schule aus Öhringen in Straßbourg begrüßen zu dürfen. Genauso freue ich mich über die Ankunft von Johanna Heymann. Sie studiert französisch und deutsch in Augsburg und ist seit dem ersten April Praktikantin in meinem Büro in Brüssel.

Seite 2

### So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro  
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland  
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien  
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich  
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu